Der oberschlesische Wanderer

Nr. 150
95. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Dienstag, den 3. Juli 1923

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 500 deutsche Mk., für poln. Oberschl. 600 polnische Mk.

Gegründet 1828

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. Bezugspreis monatlich in Deutsch-Oberschlesien 10000 deutsche Mk., in Polnisch-Oberschlesien 12000 poln. Mk., im Voraus zahlbar frei Haus. Durch die Post bezogen 10000 deutsche Mk. Betriebsstörung., hervorgeruf. d. höh. Gewalt, Streik u. der. Folgen begründ. kein. Anspruch auf Rückerstatt. d. Bezugspreises

Die einspaltige mm-Zeile kostet in Polnisch-Oberschlesien und für amtliche Anzeigen 250 M., Reklame-mm-zeile 800 M., in Deutsch-Oberschlesien 200 M., Reklame-mm-zeile 600 M., Angebots- u. Auskunftsvermittelung 100 M. u. Porto. Beilagengebühr 1000 M. %. Bei gerichtl. Mitwirkung, bei Akkord. od. bei Konkurs fällt jed. Rabattbewilligung fort

Frankreichs Antwort überreicht

TU. Paris, 3. Juli. (Eig. Ber.) Ein Pariser Blatt schreibt: Poincare hat gestern den englischen Fragebogen ausgefüllt und eine 40 Seiten lange Antwort abgeschickt, in der Poincare seinen Standpunkt Deutschland gegenüber aufrecht hält. Der französische Botschafter in London erhielt die Weisung, diese Antwort Lord Curzon zu überreichen. Lord Curzon soll bei Empfangnahme der Antwort erklärt haben, die englische Regierung habe nicht die Absicht, getrennte Reparationsverhandlungen mit Deutschland aufzunehmen, oder Amerika zu veranlassen, einen Druck auf Frankreich zur Bezahlung der Schulden auszuüben.

Das Billionenzeitalter

X Berlin, 2. Juli.

Es ist ganz plötzlich hereingebrochen. So plötzlich daß die weitaus meisten Deutschen außerstande sind, die Größenordnungen der Zahl, mit denen sie seit gestern und vorgestern zu rechnen genötigt werden, anders als allenfalls rein praktisch abzuschätzen. Während man nicht weiß, was morgen sein wird, schwindet auch die Erinnerung an das, was eben noch war. Wer hat es noch im Gefühl, daß noch um Neujahr die mittleren Monatsgehälter eben erst in die Hunderttausende hineinreichten, daß erst vor vier bis fünf Monaten unter der Masse der Festbesoldeten die ersten „Millionäre" auftauchten? Kann man in diesen Tagen ans ruhiger lebenden Landschaften in die Reichshauptstadt zurück, so hatte man das nicht einmal Unsicheres Gefühl, als habe sich zu allen Zahlen während der letzten vier Wochen durchschnittlich eine Null hinzugefunden. Auf den Lebensstand wirkt das, von außen gesehen, nicht einmal erheblich. Gehälter und Löhne, ergänzt durch vielfältige Scheingewinne, verfachen nachkommen; aber der Größenwahn ist durch die Schnelligkeit der Bewegung fast betäubt, nicht nur die Volkswirtschaft, sondern auch jede Einzelwirtschaft gleicht einem rollenden Band, alle Erfahrungen kehren sich um. Jedes wirtschaftliche Verhalten, sei es wie es sei, ist Spekulation: die schlechteste die Sparsamkeit.

Von all dem erfaßt die Mehrheit der Gehaltsempfänger nur so viel, daß es nötig sei, sich, zwar nicht gegen die Entwertung des Geldes, wohl aber gegen ein noch weiteres Sinken des Sacheinkommens zu schützen. Als das Zaubermittel, mit dessen Hilfe man das zu erreichen gedenkt, gilt heute der Index. Nun bedürfte es ja kaum erst der übelsten österreichischen Erfahrungen, um uns zu zeigen, welche Gefahr eines unberechenbar beschleunigten Währungsverfalls in dem Bestreben nach „wertbeständigen Einkünften enthalten ist. Daß die österreichische Krone heute still steht, beweist nichts, denn der Skillstand wurde ihr von außen geboten, und der Währungssturz hätte noch ganz andere Tiefen erreichen können, wenn man dem Index auch nur ein paar Monate länger Zeit gegeben hätte, sich auszuwirken. Heute ist es in Oesterreich, nicht aber in Deutschland einerlei, ob man Gehälter und Löhne nach dem Teuerungsindex oder in Gold berechnet; die Lohnbemessung nach dem „Index" jedoch ist schon darum eigentlich ein Widerspruch in sich, weil die Preise ja nur die Rückseite der Löhne sind, die Lohnhöhe sich also, im Kreislauf emporgetrieben, aus der — Lohnhöhe errechnet.

Jedenfalls beurteilt der Deutsche von heute den Entwertungsgrad seines Geldes nur nach dem unmittelbaren täglichen Wirkungen, dem Unterschied zwischen gestern und morgen; welch unwahrscheinliche Größe diese Entwertung bereits erreicht hat, kommt ihm kaum mehr zum Bewußtsein. Er weiß nicht, daß der Sowjetrubel, wie er noch vor drei Jahren stand, eine Edelwährung war, im Vergleich zur Reichsmark von heute. Es ist darum nicht unnütz, durch eine Art Zwischenbilanz sich wenigstens annähernd eine Vorstellung von dem Größenmaß und der inneren Bedeutung der Zahlen zu machen, in denen die deutsche Wirtschaft, an Papiergeld gemessen, heute sich ausdrückt. Das deutsche Volkseinkommen also, das vor dem Krieg auf dem gegenwärtigen Reichsgebiet etwa vierzig Milliarden Goldmark betrug, ist nach dem Stand vom 1. Juli 1923 auf etwa 250 Billionen Papiermark zu schätzen. Das sind, nach der inneren Kaufkraft, noch annähernd zwanzig bis fünfundzwanzig Milliarden nach dem Kurswert, jedoch kaum sieben Milliarden Goldmark. Der Bedarf des Reiches, der Länder und der Gemeinden (ohne Reparationsleistungen) ist im Beharrungszustand auf rund eine Dollarmilliarde, das sind gegenwärtig mindestens 150 Billionen Papiermark zu schätzen. Man sieht aus dieser Unverhältnismäßigkeit, daß die innere Kaufkraft des deutschen Geldes der äußeren einstweilen noch stark überlegen ist. — — — —

Der Papstbrief und Frankreich

(:) Genf, 3. Juli. (Privat.) Der Temps meldet, der päpstliche Brief wird mündlich vom französischen Vertreter beim Vatikan beantwortet. Die Instruktionen seien bereits auf dem Wege nach Rom. Zu Verhandlungen mit den übrigen Alliierten über die Schritte des Papstes lägen für Frankreich keine zwingenden Gründe mehr vor.

Weitere Friedensarbeit des Papstes

(:) Genf, 3. Juni. (Privat.) **Der Mailänder „Corriere della Sera" meldet aus Rom: Zuverlässig wird im Vatikan erklärt, daß der Papst seinen Friedensschritt mit dem Brief an den Kardinalstaatssekretär nicht für beendet ansieht. Sobald die Antworten der Regierungen vorliegen, wird die Aktion des Papstes fortgesetzt werden. Der zweimalige Besuch des englischen Gesandten an einem Tage beim Kardinalstaatssekretär erregt größte politische Beachtung.**

Aus dem Besatzungsgebiet

:: Genf, 3. Juli. (Privat.) Wie der Temps meldet, ist die Fristsetzung der Absperrung der besetzten deutschen Gebiete auf 14 Tage nur eine vorläufige. Die letzte Frist für Deutschland zur Einstellung des passiven Widerstands, der „die Erfolge der Ruhrbesetzung ernstlich bedrohe", laufe in diesen 14 Tagen ab. Frankreich sei entschlossen, nach diesen 14 Tagen die Absperrung der besetzten Gebiete zu einer dauernden zu machen, vielleicht mit Milderungen.

(:) Berlin, 3. Juli. (Privat.) Die Reichsregierung hat auch für die in Mainz zum Tode verurteilten 7 Deutsche die Intervention einer dritten Macht nachgesucht, um die Vollstreckung der Todesurteile zu verhindern. Heute früh war Herr von Rosenberg etwa eine Stunde lang in der englischen Botschaft.

Dortmund 2. Juli. Die Zahl der Todesopfer bei der Brückensprengung auf der Rheinbrücke Duisburg—Hochfeld beläuft sich auf 9 Tote und 48 Verwundete. Als Sanktion haben die Franzosen in Gladbeck, Osterfeld, Recklinghausen und Buer durch Plakatanschlag von heute abend 12 Uhr bis morgen abend 12 Uhr jeglichen Fuhrwerks- und Straßenbahnverkehr verboten, mit Ausnahme von Lebensmittel-Transporten.

!! Duisburg, 3. Juli. Die Stadt Oberhausen ist von der Besatzung mit einer Kontribution von 100 Millionen belegt worden, die angeblich wegen eines Sabotageaktes an einer Fernsprechleitung verhängt wurde. Die Gutehoffnungshütte bei Oberhausen wurde gestern von den Franzosen besetzt.

-?- Frankfurt, 3. Juli. Flüchtlinge aus dem besetzten Gebiet, die wieder an ihre Wohnstätte zurückkehren wollten, wurden von den Franzosen am Vormittag nicht durchgelassen. Erst gegen 2 Uhr erschien ein französischer Offizier, der die Sperre gegen die Flüchtlinge aufhob.

(:) Münster i. W., 3. Juli. (Privat.) Aus dem besetzten Gebiet wird gemeldet: Duisburg hat als Strafbelegung weitere 2 französische Regimenter (Marokkaner) und ein belgisches Regiment erhalten. Der französische Kommendant forderte die sofortige Einrichtung eines Bordells für die Besatzungsarmee. In Friemersheim bei Duisburg sind zwei deutsche Bauarbeiter von den belgischen Posten ohne Anruf angeschossen worden, sie mußten schwer verletzt in das Duisburger Krankenhaus gebracht werden. In Duisburg soll die Zahl der Geiseln fast 200 erreichen, sie wurden in die Strafzellen des Gerichtsgebäudes eingesperrt. Bochum ist auch vom übrigen Ruhrrevier noch abgesperrt. Zwischen Dortmund und Lünen errichten die Franzosen Zollschranken und Zollwachhäuser.

Falschmeldung aus Rom

TU. Berlin, 3. Juli. (Eig. Ber.) Nach einer italienischen Meldung hat der Papst durch den General-Staatssekretär Gasparri an den deutschen Nuntius Paccelli ein Telegramm gerichtet, in dem er gegen die Sabotage-Akte im besetzten Gebiet Stellung nimmt. Wie hierzu von den zuständigen Berliner Stellen gemeldet wird, ist von einem derartigen Telegramm des Papstes nichts bekannt.

Abschwenkung Englands?

:: London, 3. Juli. Nach einer Reuter-Meldung ist man in offiziellen Londoner Kreisen überrascht von der Andeutung, daß England eine sofortige Regelung mit Frankreich erzwingen wolle. Es sei voreilig, von einem geforderten Vorgehen Englands gegenüber Deutschland zu reden.

Erst Franzosen — dann Sozialisten

(:) Genf, 3. Juli. Wie die Humanité meldet, haben sich die deutschen Gewerkschaften bei den französischen Genossen für die Nichtvollstreckung der Todesurteile französischer Kriegsgerichte in Deutschland eindringlich verwendet. Der Schritt der Deutschen wäre ergebnislos geblieben, die französischen Gewerkschaften hätten als Vorbedingung die Einstellung des aktiven Widerstandes und der Sabotage verlangt.

(:) Genf, 3. Juli. (Privat.) Wie die Humanité feststellt, haben bei der Vertrauensabstimmung in der Kammer für das Poincarésche Zweijahresbudget am Sonntag früh 13 Sozialisten für die Regierungsvorlage gestimmt 22 andere sozialistische Abgeordnete hätten vorher den Saal verlassen. Durch diese sozialistische Taktik sei die Gegnerschaft des Vertrauensvotums auf 63 Stimmen zurückgegangen.

Zur Bewegung der Metallarbeiter

-:- Berlin, 4. Juli. Die Verhandlungen im Reichsarbeits-Ministerium zwischen den Vertretern des Verbandes Berliner Metall-Industrieller und des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatten am Montag in später Abendstunde noch zu keinem Ergebnis geführt. Soweit festgestellt werden kann, ist man auch auf Arbeitnehmerseite geneigt, hinsichtlich der Lohnregelung für die letzte Juni-Woche Zugeständnisse zu machen. Daher sind die Aussichten für eine Beilegung des Konfliktes etwas besser geworden.

Vor schweren Lohnkämpfen

(:) Berlin, 3. Juli. (Privat.) Der drohende Metallarbeiterstreik in Berlin hat bereits die radikalen Betriebsräte Groß-Berlins auf den Plan gerufen, um die Bewegung revolutionärer auszumünzen. Gestern Abend hielten die radikalen Betriebsräte in den Viktoria-Sälen eine Versammlung ab. Man beschloß, gleiche Forderungen wie die Metallarbeiter (Stundenlohn 6500 bis 7000 Mark) auch für sämtliche anderen Industrien Groß-Berlins zu stellen und die Gewerkschaften hierbei völlig auszuschalten. Ueber die Maßnahmen nach Ablehnung dieser Forderungen wurde in geheimer Sitzung beraten.

Polens neuer Finanzmann

TU. Warschau, 3. Juli. Zum Nachfolger des Finanzministers Grabski ist Hubertus Länke ernannt worden. Er ist Anhänger der scharfen Maßnahmen gegen die Banken und glaubt durch scharfe Vorkehrungen die Valuta-Politik der Banken ändern zu können.

Aenderungen der Sozialversicherung

⊙ Berlin, 2. Juli.

Der Marksturz macht immer wieder neue Anpassungen der verschiedenen Sozialversicherungsgesetze an die Geldentwertung und deren Folgeerscheinungen notwendig. Durch eine Verordnung vom 15. Juni 1923 ist die Unterstützung der Invaliden- und Angestelltenrentner derartig erhöht worden, daß das Gesamtjahreseinkommen eines Rentners mit Wirkung vom 1. Mai ab den Betrag von 960000 Mark bei Invaliden-Altersrente und Ruhegeld erreicht. Bei einer Witwen- oder Witwerrente ist der Betrag von 864000 Mark, bei einer Waisenrente der von 840000 Mark jährlich zugrunde gelegt worden. Der Kinderzuschlag ist auf 120000 Mark erhöht worden. Vom Arbeitseinkommen bleibt ein Jahresbetrag bis zu 960000 Mark außer Ansatz. Mit Wirkung vom 1. Juni ab wird die Kinderzulage um 150 Prozent erhöht. Außerdem erhöhen sich für das besetzte Gebiet alle Beträge um weitere hundertzwanzig Prozent.

Eine andere Verordnung, die gleichzeitig erlassen worden ist, erhöht die Barbeträge der Wochenhilfe. Der Beitrag zu den Entbindungskosten ist auf 50000 Mark, das Mindestwochengeld auf 1000 Mark, das Mindeststillgeld auf 1500 Mark täglich festgesetzt worden. Als Wochengeld für Familienangehörige von Versicherten werden 1800 Mk., als Stillgeld 1200 Mark täglich gewährt. In der Unfallversicherung sind gleichzeitig die Zulagen und die Geldbeträge entsprechend der Geldentwertung erhöht worden. Auch hier erhalten die Bewohner der besetzten Gebiete besondere Zulagen in Höhe von fünfundzwanzig Prozent. In der Krankenversicherung endlich sind die Verdienstgrenzen und der Grundlohn neu geregelt worden. Die Grenze der Versicherungspflicht für Betriebsbeamte, Angestellte und Hausgewerbetreibende ist auf 9,72 Millionen Mark jährlich, für das besetzte Gebiet sogar auf 12,15 Millionen Mark jährlich festgesetzt worden. Vier neue Lohnstufen mit einem Grundlohn bis zu 24000 Mark (im besetzten Gebiet 30000 Mark) sind errichtet worden. In der Angestelltenversicherung beträgt die Grenze der Versicherungspflicht in Zukunft 18 Millionen Mark jährlich, im besetzten Gebiet 22,5 Millionen Mark.

Arbeiten des Völkerbundes

!! Genf, 3. Juli. Außer der Saarfrage stehen noch verschiedene andere, die deutsche Oeffentlichkeit interessierende Fragen, auf der Tagesordnung des Völkerbundsrates.

1. Verschiedene Danziger Angelegenheiten, darunter die Finanzlage Danzigs, die Regelung des Paß-Visums für nach und aus Polen reisende Danziger.

2. Die Auslegung des Artikels 4 des Minderheitsvertrages vom 28. Juni 1919. Die Behandlung dieser Frage ist auf die Beschwerde des Deutschtumbundes in Polen hin trotz großen polnischen Widerstandes auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Vormarsch gegen Frankfurt a. M.

TU. Frankfurt, 3. Juli. (Eig. Ber.) **Gestern Vormittag rückten die Franzosen in Richtung Frankfurt weiter vor. Die Grenze führt jetzt unmittelbar an den ersten Häusern der Stadt vorbei. Auf dem ehemaligen Flugplatz ist eine marokkanische Wache aufgestellt.**

Mießmacher an der Arbeit

TU. Berlin, 3. Juli. Die Meldung der Sunday Times, daß verschiedene Reichsminister für Einstellung des passiven Widerstandes seien, wird an zuständiger Stelle als unzutreffend bezeichnet. Der Standpunkt der Deutschen Regierung in der Frage des passiven Widerstandes hat sich nicht geändert.